

Koalitionäre haben ihre Themen geschickt untergebracht und werden 2021 darum ringen dem Wähler klar zu machen was sie für ihn getan haben.

Weil die Abstandsregeln von den Bürgern weitgehend befolgt werden sinken die Infektionszahlen. Am 15. April beschließen Bund und Länder erste vorsichtige Lockerungen. Läden bis zu einer Größe von 800 Quadratmetern dürfen wieder öffnen. Doch das einheitliche Vorgehen der Länder beginnt zu bröckeln. Weil einige Länderchefs sich Abweichungen vom Einheitsbeschluss genehmigen und diese mit regionalen Besonderheiten begründen. Baumärkte, Möbelhäuser und Outlet-Center sind auf einmal systemrelevant. Selbst die Umsetzung der Maskenpflicht, in den Geschäften und im öffentlichen Personenverkehr, findet nicht überall gleichzeitig statt. In einer Regierungserklärung im Bundestag, am 23. April, mahnt die Kanzlerin die uneinheitlichen Lockerungen der Länder als zu forsich an.

Am 13. Mai verkündet der Innenminister die Lockerung der Grenzkontrollen. Am 26. Mai beschließen Bund und Länder, dass der wesentliche Teil der Kontaktbeschränkungen bis zum 29. Juni beibehalten wird. Wieder schert ein Bundesland aus. Bodo Ramelow, das mit der Brechstange gewählte Infant Terrible Thüringens, geht eigene Wege. Die gültigen Kontaktbeschränkungen auf Personen aus zwei Haushalten lässt er nicht mehr gelten.

Die Mehrheit der Bevölkerung quittiert das Ausscheren der Länder aus der einheitlichen Gangart mit Ablehnung und Unverständnis. Das Wirrwarr der Maßnahmen, Verbot hier, Gebot dort, befeuert ungewollt die Verschwörungstheoretiker. Die Liste ihrer bizarren Vorstellungen wird lang und länger. Das Virus wird von unbekanntem Mächten geschickt. Von welchen auch immer. Eigentlich ist es gar nicht da. Und wenn es da ist, dann kommt es nicht aus China. Während die öffentlichen Medien nahe am wissenschaftlichen Kenntnisstand berichten, sind die sozialen Medien Tummelplatz der abstrusesten Gedanken.

Literatur

1. <https://www.bund.net/massentierhaltung/antibiotika>
2. <https://www.dw.com/de/bse-ein-fall-von-rinderwahnsinn/a-45941003>
3. <https://www.ecdc.europa.eu/en/geographical-distribution-2019-ncov-cases>
4. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Corona-Schutzschild/2020-03-13-Milliarden-Schutzschild-fuer-Deutschland.html>
5. <https://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Standardartikel/Themen/Schlaglichter/Konjunkturpaket/2020-06-03-konjunkturpaket-beschlossen.html>



Wissenschaftler, die in unaufgeregten Zeiten im Hintergrund arbeiten, erlangen mit einem Mal öffentliche Bedeutung. Das ganze Land hängt an den Lippen der Epidemiologen und der Virologen. Sie erklären uns die Gefahr des neuen Virus und beraten die Politik. Früh zeichnen sich Gewinner und Verlierer der Pandemie ab. Die Position der Beschäftigten im öffentlichen Dienst ist nicht in Gefahr. Sie stehen unter dem Schutz des Staates. Lehrer ziehen sich aus dem Gefahrenbereich ins Homeoffice zurück. Nicht wenige werden unsichtbar. Der Shutdown, die plötzliche Stilllegung des öffentlichen Lebens, trifft alle und jeden. Alleinerziehende Frauen mit minderjährigen Kindern trifft es besonders hart. Kitas sind geschlossen. Die Teilzeitarbeit fällt weg. Die Transferleistungen reichen nicht aus. Zum Glück ziehen die verantwortlichen Politiker an einem Strang. Ministerien arbeiten Hand in Hand. Sie versuchen Arbeitslosigkeit und Pleiten zu verhindern. In der Krise könnte die Digitalisierung ein Gewinner sein. Wenn wir sie hätten. Sie fehlt uns im Schulbetrieb und im Homeoffice.

Die Mitteilungen aus der Corona Forschung kommen in Massen daher. Die Zahl der weltweiten Publikationen soll bereits im Mai 2020 bei über 20 000 gelegen haben. Das kann keiner lesen. Muss auch nicht sein, weil schon wegen der schieren Menge wenig Lesenswertes dabei sein kann. Sortieren und bewerten können die Flut der Mitteilungen und Studien sowie nur die Epidemiologen und Virologen. Christian Drosten, von der Charité, macht das für uns, mit wohlthuender Zurückhaltung. Ein bisschen Stolz sei ihm erlaubt. „Ohne uns Wissenschaftler hätten wir bis zu 100 000 Tote mehr“. Allein in Deutschland und schon nach dem ersten Gipfel der Pandemie.

Weitere Virologen melden sich zu Wort. Es ist ihre Zeit und es sind ihre Auftritte. Nicht alles was sie sagen, wird von allen geteilt. Sie wollen nicht verwirren, sondern den Wissensstand des Moments skizzieren. Weil Wissenschaft These, Gegenthese und schließlich Erkenntnis ist. Bis es aber so weit ist, wird heute verworfen was gestern noch gültig war. Und widerrufen, was als Fälschung, Profilsucht und Betrug entlarvt wird.

Nichts Genaues, weiß auch die Wissenschaft nicht immer. Aber genau das ist wichtig. Bis zum Beweis des Gegenteils.

Die vorläufigen Erkenntnisse machen uns nicht froh. Die Ungewissheit, die widersprüchliche Bewertung der Krise, zerrt an den Nerven. In diesem Dilemma befinden sich auch die Wissenschaftler, von denen wir die Beantwortung drängender Fragen erwarten. Wie gefährlich ist das Virus? Für wen besonders? Wie können wir uns schützen? Löscht es sich selbst aus? Abwarten, sagt die Wissenschaft. Wir wissen es noch nicht. Noch nicht vollständig.

Abwarten ist schlecht für uns alle. Weil wir von heute auf morgen voll auf die Bremse treten müssen. Die Ausgangssperre, der Lockdown, trifft alle mit einem Ruck gleichzeitig. Das ist das Gerechte daran. Aber er trifft nicht alle gleich hart. Das ist das Ungerechte daran. Die Liste der schwer Gebeutelten ist lang, die der leicht oder gar nicht Getroffenen kurz. Auf den Verdacht hin, dass sie laut widersprechen, seien sie trotzdem genannt, die wenig Betroffenen. In erster Linie und mit weitem Abstand, sind es die Beamten. Das sind nicht weniger als 1,9 Mio. Die müssen keine Überstunden machen, werden nicht in Kurzarbeit geschickt und müssen nicht mit einer Kündigung rechnen.

Dazu kommen noch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Die Angestellten des Bundes, der Länder, der Kommunen und die der Sozialversicherungsträger. Das sind 4,8 Mio. Beschäftigte. Sie und die Beamten zusammen haben etwas, was die anderen Beschäftigten nicht haben. Ihr Gehalt, ihre Einkünfte, die Sicherheit ihres Arbeitsplatzes, die Pension oder Rente, nichts wird sich ändern. Da kann der Lockdown so lang und so heftig sein, wie er will.

Dem öffentlichen Dienst unterstellen wir gern Trägheit. Das Digitale ist noch nicht bei ihm angekommen. Die Vernetzung mit anderen Behörden ist eine Utopie. Der Datenschutz genießt den Status der Heiligenverehrung. Und dann kommt aus heiterem Himmel ein gefährliches Virus daher. Da gibt es nur eines. Ab ins Homeoffice. Wer das erfunden hat, dem sei ewiger Dank. Aus Angst vor dem Virus wird der behördliche Schreibtisch, wie gewohnt, aufgeräumt und wehmütig verlassen. Der Kaktus darf bleiben. Wegen Genügsamkeit. Für unbestimmte Zeit geht es ab ins Unbekannte, ins Homeoffice. Dass es so etwas gibt, wussten die Angestellten des öffentlichen Dienstes bis dato nicht. Wie es funktioniert auch nicht. Die Dienstanweisung für das flexible Arbeiten von zuhause fehlt. Also muss man sich selbst einrichten. Vorausgesetzt es ist ein Laptop da, wäre da noch die Sache mit der interkollegialen Vernetzung und dem Zugang zu den Akten. Das ist alles nicht eingerichtet, noch nie dagewesen, eigentlich unmöglich. Dann macht man eben, was man kann. Und nur dann, wenn der Partner und die Kinder nicht stören. Man tauscht per E-Mail unter den Kollegen aus, dass eigentlich gar nichts möglich ist.

Besonderen Schutz genießen die Lehrer. Den über 60jährigen wird umgehend besondere Gefährdung attestiert. Sie sollen nicht Opfer des Virus werden. Also werden sie in das Homeoffice geschickt, das rein virtuell ist. Nur in spärlichen Einzelfällen, nur in handverlesenen Schulen und nur durch die Initiative hochmotivierter Pädagogen existiert das digitale Lernen ansatzweise. Häufig stellen Elternvertreter fest, dass der eine oder andere Lehrer nicht verlässlich erreichbar ist. Auch im virtuellen Homeoffice

nicht. Die Gesuchten seien regelrecht abgetaucht und bleiben es wohl so lange, bis ihr Abtauchen von der Schulbehörde offiziell aufgehoben wird. Dabei ist gar nicht klar, woher ihre Gefährdung kommen soll. Ob die Kinder besonders infektiös sind, das hat die Virologie lange nicht beantworten können. Dabei warten die Eltern und die Schüler sehnlichst auf eine Antwort. Am liebsten auf die uneingeschränkte Freigabe des Schulbetriebs. Mit dem zögerlichen Öffnen der Schulen und Kitas sollten doch die Pädagogen und Erzieher wieder antreten. Wo sind sie geblieben? Hat Corona ihre Verantwortung für die Kleinen und Kleinsten getilgt? Während sich ein Viertel der Pädagogen, hinter dem Virus Schutzwall wegduckt, melden sich 70jährige Ärzte und Pfleger freiwillig zum Dienst in speziellen Covid-19 Krankenhäusern. Sind jetzt noch Fragen offen?

Die medizinischen Berater der Regierung, die Virologen und das RKI, sind nicht unvorbereitet. Sie kennen die vorausgegangenen Pandemien und haben daher einen Vergleichswert für die potenzielle Gefährlichkeit des neuen unbekanntes Virus. Und einen Vorteil, den sie immer wieder betonen. Weil das Virus nicht in Europa, sondern in China erstmals in Erscheinung tritt, spielt die Zeit für uns. Wir beobachten das Geschehen in China, die Maßnahmen gegen seine Verbreitung und die negativen Ereignisse. Daraus lassen sich Schlüsse ziehen. Nicht immer nur die richtigen. Und nicht immer zum richtigen Zeitpunkt. Dass die Globalisierung mit einem intensiven interkontinentalen Reiseverkehr einhergeht, dass das Virus mitreist, das übersehen wir. Dass die deutsche Industrie intensive Lieferketten mit China unterhält und dass auf diesen Routen ständig Menschen hin- und herreisen, erkennen wir auch erst spät. Mit großem Erstaunen vernimmt die Öffentlichkeit, dass der Corona Virus-Patient Nummer 1, sich in Bayern über eine chinesische Geschäftspartnerin ansteckt. Als uns dann noch, in den Hauptnachrichten, die dramatischen Virus-Todesfälle in Bergamo schockierend bewusst werden, ist es Zeit für energisches Handeln.

Der Shutdown, die plötzliche Stilllegung des öffentlichen Lebens trifft alle und jeden. Wen es besonders hart trifft, das wird nach und nach klar. Beispiele gibt es viele. Besonders hart trifft es Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern. Nach Angaben des statistischen Bundesamtes lebt jedes fünfte Kind, insgesamt 2,4 Mio. Kinder, mit nur einem Elternteil zusammen. Neun von zehn Alleinerziehenden sind weiblich. Pauschal gesagt, haben alleinerziehende Frauen das schwerste Los. Das durchschnittliche Monatseinkommen, inklusive staatlicher Transferleistungen, beträgt karge 976 €. Nur etwa die Hälfte der Alleinerziehenden arbeitet in Vollzeit weil die Kita Öffnungszeiten nur Teilzeit erlauben. Weitere Hemmnisse sind die knappen Betreuungszeiten in den Schulen. Der Shutdown hat bei den Alleinerziehenden wie ein Tornado eingeschlagen. Kurzarbeit, Einkommensverlust, geschlossene Kitas und Schulen. Für viele ist das eine katastrophale Lage aus der sie kein Herauskommen sehen. Der einmalige Kinderbonus und der Entlastungsbeitrag in der Einkommenssteuer werden erst dann wirksam, wenn die Katastrophe schon unabwendbar ist.

Auf der Gewinnerseite stehen eindeutig die handelnden Politiker. Mit dem Shutdown ist urplötzlich das nervende Gezänk der Koalitionäre vorbei. Es gibt einen gemeinsamen Feind, das neue Virus. Der französische Ministerpräsident, Emmanuel Macron, spricht

von Krieg. Die deutsche Kanzlerin benutzt friedliche, nicht minder gewichtige Worte. Unerwartete Dimensionen des Entscheidens und Umsetzens sind mit einem Mal möglich. Ohne Zögern, ohne Streit. Das hat der Klimawandel nicht vermocht. Die Wissenschaft erklärt, die Politik entscheidet und der aufgeklärte Bürger befolgt. Wann gab es das zuletzt?

Die Kanzlerin nimmt noch einmal das Zepter in die Hand. Der Gesundheitsminister geht Defizite in der Virusabwehr energisch an. Er beschafft Masken und Schutzkleidung in nie dagewesenen Dimensionen. Er organisiert die Aufrüstung der Intensivmedizin, vergrößert die Bettenkapazität für Infizierte, verschiebt weniger dringliche Operationen und stattet die Arztpraxen und Krankenhäuser mit zusätzlichen Finanzmitteln aus. Schließlich gelingt ihm, mit ungewohnter Unterstützung aus Digitalwirtschaft, Wissenschaft und Politik, der Start der Corona-Warn-App.

Für die Finanzierung muss der Finanzminister ja sagen. Er tut es. Mit gewohnter Ruhe im Gesicht, mit unaufgeregten Worten. In der Not tut er Dinge, die er sonst nie tun würde. Vor Corona wäre das ein elendiger Prozess gewesen. Und er tut noch viel mehr. Er bewegt ungeheuerliche Summen, um dem Virus Paroli zu bieten. Mitte Juni 2020 beträgt der Nachtragshaushalt, die Neuverschuldung, nie dagewesene 218,5 Mrd. €. Eine gigantische Zahl über Null. Null Neuverschuldung ist Geschichte.

Gleichermaßen unaufgeregt agiert der Arbeitsminister. Wer den größten Etat unter allen Ministerien verantwortet, der kann gelassen sein. In der Krise reicht selbst der größte Etat nicht aus. Über 6 Mio. Kurzarbeiter sind zu finanzieren. Gut, dass der Finanzminister ein Parteifreund ist. Vor Corona wäre das wichtig gewesen, jetzt ist das nicht nötig. Die große Koalition handelt so geschlossen, als wäre sie eine einzige Partei. Weil es um Arbeitsplätze, Pleiten, Existenzen und Schicksale geht, versteht jeder jeden. Die Beschlüsse, Gesetze und Umsetzungen folgen Schlag auf Schlag.

Weil kein Minister wichtiger ist als der andere, ist ein neues Phänomen erkennbar. Keiner behindert den anderen. Ein Rad greift in das andere. Der Wirtschaftsminister agiert in Abstimmung mit dem Arbeitsminister. Und beide können nicht ohne den Finanzminister. Warum ging das früher nicht? Der Bürger dankt es allen. Die Zustimmungswerte der Meinungsumfragen machen es deutlich.

Während die Handelnden der Regierungsparteien für ihre Arbeit Bestätigung und Anerkennung erhalten, bemühen sich die Vertreter der Opposition krampfhaft darum noch irgendwie wahrgenommen zu werden. Mit Corona Themen ist das aussichtslos. Die hat die Regierung fest im Griff. Also muss was anderes her. Eine zweite Linie, ein Thema, das mithalten kann. Rassismus ist in den USA brandaktuell. Warum nicht auch in Deutschland? Das Wort Rasse aus dem Grundgesetz streichen, das ließe sich zum Gebot der Stunde hochreden. Mit ernster Miene, sorgenvollem Blick in die Kamera und charismatischer Mitleidspose müsste sich der Corona müde Bürger doch bewegen lassen. Von den bröckelnden Existenzen, den geschundenen Frauen und Kindern und der Angst vor dem Jobverlust haben wir bereits genug gehört. Jetzt muss der Begriff Rasse aus dem Grundgesetz getilgt werden. Corona macht vieles möglich.